

Helmut Schmidt

Auch Jahrzehnte nach dem Ende seiner Kanzlerschaft war Helmut Schmidt noch immer einer der bedeutendsten Persönlichkeiten Deutschlands. Immer wieder meldete er sich über die Medien zu vielen Themen aus Deutschland und der Welt zu Wort. Und seine Stimme wurde gehört. Für viele Deutsche stellte er den Idealtypus eines Politikers dar: ehrlich, gradlinig, aber auch pragmatisch und klug. Dabei wurde ihm auch immer die ein oder andere ungewöhnliche oder gar unpopuläre Haltung, etwa zu Russland oder China verziehen.

Über acht Jahre war Helmut Schmidt Bundeskanzler (1974–1982). In seine Amtszeit fällt der „Deutsche Herbst“ und der Nato-Doppelbeschluss, der auf seine Initiative zurückging. Es waren unruhige Zeiten in der Geschichte der Bundesrepublik. Als Senator der Hansestadt Hamburg war er maßgeblich mit dem Krisenmanagement nach der Sturmflut von 1962 befasst, was ihm bundesweite Aufmerksamkeit bescherte.



Bundeskanzler Helmut Schmidt 1977
Urheber: Jack E. Kightlinger, White House

Jugend und Zweiter Weltkrieg

Schulzeit

Helmut Heinrich Waldemar Schmidt wurde am 23. Dezember 1918 in Hamburg-Barmbeck als Sohn des Studienrats und Diplomhandelslehrers Gustav Schmidt (1888–1981) und seiner Frau Ludovika (geb. Koch) geboren. Nach dem Ende der Grundschulzeit 1929 schicken Schmidts Eltern den Jungen auf die Lichtwarkschule in Hamburg, ein Reformpädagogisches Gymnasium



Die ehemalige Lichtwarkschule, die heutige Heinrich-Hertz-Schule in Hamburg-Winterhude

Urheber: Wolfgang Meinhart, (Wikipedia-Nutzer „Wmeinhart“)

Lizenz: Creative Commons 3.0

mit musischer Prägung und fächerübergreifender Konzepte. Mit der Machtergreifung der Na-

großen Koalition unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) war Schmidt Vorsitzender der Bundestagsfraktion der SPD und damit einer der führenden Köpfe innerhalb der SPD.

Minister

In der Schwarz-Gelben Koalition unter Willy Brandt wurde Schmidt 1969 zunächst zum Verteidigungsminister ernannt, ehe er von Juli bis Dezember 1972 das Wirtschafts- und Finanzministerium übernahm. Nach der Bundestagswahl von 1972 bekleidete er in der neu gebildeten Regierung das Amt des Finanzministers.

Bundeskanzler

1974 trat Willy Brandt als Bundeskanzler zurück. Helmut Schmidt folgte ihm am 16. Mai des Jahres in diesem Amt. Die erste große Aufgabe der neuen Regierung war die Bewältigung der ersten Ölkrise, die seit 1973 der Weltwirtschaft zu schaffen machte.

In der BRD hatte diese Krise erstmals zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen geführt und zu weit verbreiteter Kurzarbeit und damit auch zum endgültigen Ende des Wirtschaftswunders in der BRD. Eine Folge dieser ersten Ölkrise war übrigens auch die Einführung der Sommerzeit in vielen Ländern Europas. Die Regierung Schmidt versuchte u.a. mit staatlichen Investitionen bei jedoch gleichzeitig stark sinkenden Einnahmen entgegen zu steuern.

Viel stärker in Erinnerung blieb bis heute jedoch die Rolle Helmut Schmidts im Umgang mit dem Terror der Roten Armee Fraktion (RAF). Nachdem es Terroristen der „Bewegung 2. Juni“ bei einer ersten Entführung im Jahr 1975 noch gelang, Gesinnungsgenossen gegen das Entführungsoffer auszutauschen, verfolgte die Bundesregierung unter Helmut Schmidt bei folgenden Fällen, wie der Entführung von

Ölkrise 1973

Vom 6. bis 25. Oktober 1973 kam es zum Jom-Kippur-Kriege zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten unter Führung Ägyptens und Syriens. In diesem Zusammenhang wurde am 13. Oktober 1973 die Erdölfördermenge durch die OPEC Staaten um etwa 5 % heruntergefahren. Damit sollten besonders die westlichen Länder die Israel unterstützten unter Druck gesetzt werden. Dies gelang, denn schon bald stieg der Erdölpreis pro Barrel um etwa 70 % auf über 5 US\$. Ein Schock für die Wirtschaft.

Rote Armee Fraktion (RAF)

Die Rote Armee Fraktion (RAF) war eine terroristische Vereinigung in der BRD. Gegründet wurde sie 1970 und war bis in die 1990er Jahre aktiv. Die Terrororganisation ist für 34 Morde sowie zahlreiche andere Gewalttaten verantwortlich. Die Hauptphase ihrer Tätigkeit war die zweite Hälfte der 1970er Jahre. Vor allem die Aktionen, die mit dem Begriff „Deutscher Herbst“ bezeichnet wurden, sind bis heute im Gedächtnis geblieben. Im September und Oktober 1977 versuchte die RAF erfolglos durch die Entführung und spätere Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hans Martin Schleyer und die Entführung der Lufthansamaschine „Landslut“ inhaftierte Mitglieder freizupressen.

Arbeitgeberpräsident Hans Martin Schleyer (geboren 1915) durch die RAF im Jahr 1977 eine unnachgiebige Linie. Schleyer wurde von seinen Entführern schließlich getötet.

Wichtige politische Projekte der Kanzlerschaft Helmut Schmidts waren der Ausbau der deutsch-französischen Beziehungen. Gemeinsam mit dem von Schmidt als Freund bezeichneten französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing wurden z.B. die Grundlagen für eine gemeinsame europäische Währung, dem heutigen Euro, gelegt. Aber auch die G7, also die regelmäßigen Treffen der Regierungschefs der größten Industrienationen, ging auf eine Initiative von Schmidt und d'Estaing zurück.

Ein Projekt Schmidts führte jedoch schließlich mit zum Ende seiner Kanzlerschaft. Helmut Schmidt befürchtete, dass mit der Aufstellung von sowjetischen Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 das Rüstungsgleichgewicht zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO in Europa gestört würde, denn diese Raketen waren in der Lage, Atomsprenköpfe zu tragen. Schmidts Idee war es, mit der Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa ein eigenes Drohpotential zu schaffen. Vorausgehen sollten Gespräche, die die Sowjetunion dazu bringen sollten, ihre eigenen Raketen abzubauen. Gegen diesen Plan entwickelte sich heftiger Widerstand sowohl in der Bevölkerung als auch in Schmidts eigener Partei.

Am 17. September 1982 traten schließlich die Minister der FDP geschlossen zurück und die FDP aus der Regierungskoalition aus. Der Schritt wurde mit Differenzen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik begründet. Dem Kanzler fehlte zu diesem Zeit-

Nato-Doppelbeschluss – INF-Verträge

Der NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 beinhaltete

1. die Aufstellung von Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa, die mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden konnten, als Reaktion auf ähnliche Aufrüstung von Seiten der Sowjetunion und
2. gleichzeitig sollte ein Verhandlungsangebot über die Abrüstung genau dieser Waffen zwischen den USA und der Sowjetunion unterbreitet werden.

Zu den Trägersystemen zählten all die Trägersysteme mit einer Reichweite von 1.000 bis 5.500 km. Ab 1983 wurden sie u.a. in der damaligen BRD aufgestellt. Der Aufstellung waren große Demonstrationen einer breiten Protestbewegung in der BRD und anderen westeuropäischen Staaten sowie den USA vorausgegangen. Am 22. Oktober 1983 zählte man z.B. in der in vielen Städten der BRD insgesamt 1,3 Mio. Demonstranten, eine Woche später fanden sich in etlichen Hauptstädten Westeuropas insgesamt fast 1 Mio. Demonstranten zu Protestzügen zusammen.

Zunächst weigerte sich die Sowjetunion, auf die Verhandlungen einzugehen, und so kam es zur Stationierung der US-amerikanischen Atomwaffen in Europa. Mit der Machtübernahme von Michail Gorbatschow 1985 wurden schließlich doch Abrüstungsgespräche geführt, die schließlich im INF-Vertrag (Intermediate Nuclear Forces) mündeten. Mit diesem Vertrag einigte man sich auf die Rückzug, Abrüstung sowie ein Produktionsverbot für alle Trägersysteme mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 km.